Redaktion, Verlag und Druck von R. Graßmann, Schulzenstraße 17.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr., monatlich 10 Sgr., mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr. monatlich 12½ Sgr.; für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 417. Abendblatt. Sonnabend, den 8. September. 1866.

Deutschland.

Berlin, 8. September. Se. Majestät der König empfing gestern Vormittags 10 Uhr den Kronprinzen und den Prinzen August von Würtemberg, die vorher hierselbst eingetroffen waren, mit ihren Stäben, und hielt darauf bis 2 Uhr, im Beisein des Chefs des Generalstabes der Armee, v. Moltke, eine Militär-Konferenz ab. Hierauf besuchte der König die Ausstellung zum Besten der Armee im Karfunkel'schen Lokal und verweilte auch in den unteren Räumen, in welchen sich die zu einer Lotterie dargebrachten Geschenke befinden. Später nahm der König den Vortrag des Ministerpräsidenten Graf Bismarck entgegen und empfing den Botschafter Grafen v. d. Goltz, welcher sich verabschiedete und Abends auf einige Tage nach Paris abreiste. Um 5 Uhr speiste der König mit dem Kronprinzen.

— Se. Majestät der König hat dem Präsidenten des Staatsministeriums, Grafen v. Bismarck-Schönhausen, den Stern der Großkomthure und das Großkomthurkreuz des Königlichen Hausordens von Hohenzollern verliehen.

— Wie verlautet, werden diejenigen deutschen Regierungen, welche vom Beginn des Krieges zu Preußen hielten und Bundestruppen stellten, auch einen Theil von den Kriegs-Entschädigungs-Geldern empfangen.

— Die Agitationen in Kurhessen, nicht gegen die Einverleibung in die preußische Staatsverfassung, dauern fort, und zwar in einer so ungeberdigen Weise, daß ein polizeiliches Einschreiten zu besorgen steht. Es giebt in Kurhessen zwei sich scharf gegenüberstehende Parteien. Die eine ist die bisher preußenfeindlich-österreichische, amalgamirt mit der ultramontanen Partei; die andere ist die sogenannte neu-hessische Partei, für welche als A und O die Verfassung von 1831 gilt. Diese Partei ist es jetzt hervorragend, welche sich gegen die Einverleibung in die preußische Verfassung wehrt. Der „Publ." bemerkt zutreffend, daß die kurhessische Verfassung von 1831 wohl für ein Ländchen paßte, das ungefähr so viel Einwohner hat, wie die preußische Hauptstadt, daß diese Verfassung aber von dem Augenblicke an nicht mehr lebensfähig ist, wo Kurhessen eine preußische Provinz wird. Das beständige Pochen auf eine unmöglich gewordene Partikular-Verfassung sollte man verständigerweise endlich aufgeben.

— Es darf als Termin für die dritte Session des Landtages im Jahre 1866 das Ende des Oktober jetzt mit einiger Sicherheit bezeichnet werden. Das norddeutsche Parlament dürfte nicht vor dem Frühjahr 1867 einberufen werden.

— Der dem Abgeordnetenhause in der gestrigen Sitzung überreichte Gesetzentwurf, betreffend die Vereinigung der Herzogthümer Holstein und Schleswig mit der preußischen Monarchie lautet: §. 1. Die Herzogthümer Holstein und Schleswig mit Ausnahme eines, durch Vertrag mit dem Großherzog von Oldenburg näher zu bestimmenden Gebietstheils, werden mit der preußischen Monarchie auf Grund der am 30. Oktober 1864 in Wien zwischen Preußen und Oesterreich einerseits und Dänemark andererseits, und der am 23. August 1866 in Prag zwischen Preußen und Oesterreich abgeschlossenen Friedensverträge vereinigt. §. 2. Die preußische Verfassung tritt in diesen Landestheilen am 1. Oktober 1867 in Kraft. Die zu diesem Behufe nothwendigen Abänderungs- und Zusatzbestimmungen werden durch besondere Gesetze festgestellt. §. 3. Das Staatsministerium wird mit der Ausführung des gegenwärtigen Gesetzes beauftragt."

— Ueber das Schreiben des Kaisers Napoleon an Herrn v. Lavalette hört man in zuverlässiger Weise folgendes Nähere: Während der Unterredung Benedetti's mit dem Grafen Bismarck habe Herr Drouyn de Lhuys die Idee gehabt, die Kompensation zu entwerfen, auf welche Frankreich ein Recht hätte. Jetzt sagen die Zeitungen, man refusire Frankreich den Rhein. Aus den Berichten Benedetti's gehe hervor, daß Frankreich für einen geringen Vortheil ganz Deutschland gegen sich haben würde. Herr v. Lavalette soll das alles energisch dementiren lassen, klarer, als bis jetzt geschehen sei. Der Schluß des Schreibens soll wörtlich so lauten: „Das wahrhafte Interesse Frankreichs ist nicht, irgend eine unbedeutende territoriale Vergrößerung zu erhalten, sondern Deutschland darin zu unterstützen, daß es sich in einer Weise konstituire, die für seine und für Europa's Interessen am vortheilhaftesten ist."

— Die Regierung wendet, wie die „L. C." hört, seitdem die Abrüstung unseres Heeres in naher und sicherer Aussicht steht, sogar schon in sehr wesentlichen Punkten begonnen hat, ihre Aufmerksamkeit besonders auf die Vervollständigung unserer Marine. Wie aus den dem Abgeordnetenhause gemachten Finanzvorlagen hervorgeht, hat die Regierung schon jetzt das außerordentliche Bedürfniß für die Marine auf 5 Millionen Thaler veranschlagt. Zum Bau zweier Panzerschiffe hat sie schon Auftrag ertheilt. In der letzten Zeit haben sich aber diese Pläne noch erweitert. Wie wir hören, wird auch über ein amerikanisches Panzerschiff, und zwar über das in den amerikanischen Blättern vielbesprochene Panzerschiff „Dundenberg" verhandelt, das hier zum Kauf angeboten ist. Der „Dundenberg" ist im Auftrage der amerikanischen Regierung während des Krieges auf den Werften von Newyork gebaut, ist aber erst nach dem Frieden fertig geworden. Da die amerikanische Regierung jetzt ihre Marine nicht weiter verstärken will, so hat sie es dem Erbauer überlassen, es anderweitig zu verkaufen.

— Wie man hört, ist bestimmt worden, daß bei dem Einzuge der Truppen in Berlin sämmtliche kommandirende Generale anwesend sein sollen. Auch erwartet man zu dieser Zeit das Eintreffen der Großherzöge von Mecklenburg-Schwerin und Oldenburg, sowie des Herzogs Ernst von Sachsen-Koburg-Gotha.

— Der Ministerialrath v. Lobkowitz und der Finanzrath Manz haben sich gestern früh nach München zurückbegeben, werden aber schon in kurzer Zeit Behufs Entrichtung der zweiten Rate der baierischen Kriegskosten - Entschädigung wieder hier in Berlin eintreffen.

— Aus Stuttgart ist gestern früh der Geh. Legationsrath Graf Zepplin als Chargé d'Affaires hier eingetroffen und im Hotel Royal abgestiegen.

— Aus Kassel ist gestern früh der ehemalige Finanzminister Dr. v. Dehn-Rothfelder hier eingetroffen.

— Mit Bezug auf die seiner Zeit erwähnte Schenkung von 50 Tonnen rohes Eis (110,000 Pfd.), welche im Juli d. J. vom Konsul der Vereinigten Staaten in Hamburg dem preußischen Kriegsministerium für die Lazarethe der Armee zur Verfügung gestellt und auf Anordnung der Letzteren nach und nach abgeliefert wurde, ist außer einem verbindlichen Anerkennungsschreiben Seitens des Kriegsdepartements auch von dem Ministerpräsidenten Grafen v. Bismarck ein spezielles Dankschreiben an den hiesigen Gesandten der Vereinigten Staaten, Gouverneur G. A. Wright, gerichtet worden. Es ist darin die außerordentliche Wohlthat hervorgehoben, welche durch dies zum großen Theil von amerikanischen Bürgern aufgebrachte Geschenk, unseren verwundeten Kriegern bereitet werden konnte, und schließt dasselbe mit den Worten: Es gereicht mir zur angenehmen Pflicht, den Ausdruck meines tiefgefühlten Dankes hinzuzufügen für die lebhafte Sympathie, die Bürger der Vereinigten Staaten für unseren Kampf bethätigt haben, einen Kampf, der für die Vertheidigung unsere Heimstätten unternommen, mit Gottes Segen für Deutschland die Bedingungen nationalen Lebens, und für Europa die eines dauerhaften Friedens herbeiführen wird.

— Die Mittheilung, daß dem General-Lieutenant v. Goeben, Kommandeur der 13. Division, bei dem bevorstehenden großen Avancement das erledigte Oberkommando des 6. Armeekorps zugedacht sei, wird in militärischen Kreisen in Abrede gestellt. Genannter General zählt noch zu den jüngsten seiner Charge und bekleidet dieselbe erst seit Juni v. J.

— Es soll nunmehr feststehen, bei der Infanterie vorläufig eine Vermehrung der Regimenter nicht stattfinden zu lassen, dagegen die Friedensstärke durch Beibehaltung resp. Neuerrichtung noch fehlender vierter Bataillone zu 503 Köpfen durch die ganze Armee zu erhöhen. Es wird somit, bei einem Bestande von 9 Garde- und 72 Linienregimentern, dem stehenden Heere eine Verstärkung von 81 Bataillonen mit zusammen 40,743 Mann Infanterie einstweilen zugeführt.

— Es wird beabsichtigt, dem durch die bevorstehenden Friedens-Dislokationen der Armee von Luxemburg nach Cüstrin verlegten 3. brandenburgischen Regiment Nr. 20, das größtentheils aus Berlinern besteht, bei seinem Ende des Monats zu erwartenden Durchzuge einen besonderen feierlichen Empfang zu bereiten.

— Vorgestern verstarb hierselbst Dr. Hermann Keipp, ein Publizist von großer Begabung und umfassenden Kenntnissen. Der Verstorbene gehörte der konservativen Partei an, vertrat aber innerhalb derselben die Ideen eines den Bedürfnissen der Zeit entsprechenden Fortschritts. Leider hatte Dr. Keipp seine eminenten Fähigkeiten mehrere Jahre hindurch einer seine physischen und moralischen Kräfte absorbirenden Thätigkeit, der Redaktion des Wiener „Vaterland" gewidmet und mögen die mancherlei Differenzen, in welche ihn diese Stellung brachte, die er erst kurz vor Beginn der dem Kriege vorangehenden diplomatischen Verwickelungen aufgab, den Keim zu dem Uebel, dem er erlag, in ihn gelegt haben. Neben seinen Kenntnissen und Fähigkeiten war es auch eine große persönliche Liebenswürdigkeit, durch welche sich der früh Verstorbene auszeichnete.

— In dem Friedensvertrage mit Hessen-Darmstadt sind u. A. auch Betreffs des Post- und Telegraphenwesens des Großherzogthums bedeutende Konzessionen gemacht, welche mit der Abtretung der Rechte von Thurn und Taxis als Lehensträger und dem bisher von Baiern innegehabten Rechte der Telegraphenleitung in Hessen im Zusammenhange stehen und worüber eine definitive Regelung erst demnächst stattfinden wird.

— Nach einem gestern definitiv gefaßten Beschlusse bleibt der Einzug der Truppen auf zwei Tage, nämlich auf den 20. u. 21., festgestellt und es findet die eigentliche Feier, wie namentlich das Te Deum erst am zweiten Tage statt. Das Aeltesten-Kollegium der hiesigen Kaufmannschaft hat in seiner gestern Abend abgehaltenen Sitzung beschlossen, die Börsen-Versammlungen an beiden Tagen ausfallen zu lassen, außerdem aber sich in einer Eingabe an den Justizminister sofort zu wenden, mit dem Ansuchen, die beiden Tage als Feiertage im Sinne des Gesetzes zu erklären, da man von der Ansicht ausgeht, daß es völlig unmöglich sein werde, irgend welche Wechsel-Inkassos oder ähnliche Geschäfte an diesen beiden Tagen zur Ausführung zu bringen. Es ist um eine möglichst schleunige Bescheidung wegen der Kürze der Zeit in der Eingabe gebeten worden, um danach dann noch die entsprechenden Publikationen rechtzeitig vornehmen zu können.

— Die heutige (15.) Sitzung des Hauses der Abgeordneten wurde vom Präsidenten von Forckenbeck um 10¼ Uhr eröffnet. Am Ministertische: der Kultusminister v. Mühler, der Minister für Landwirthschaft v. Selchow und der Regierungskommissar Geheime Regierungsrath König. (Die Tribünen des Hauses sind überfüllt.) — Der Präsident macht über verschiedene Proteste, welche gegen die Einverleibung Hannovers aus Hannover eingegangen sind, Mittheilung. Es wird in die Tagesordnung eingetreten. Auf derselben steht der Gesetz-Entwurf, betreffend die Einverleibung Hannovers, Kurhessens, Nassaus und der Stadt Frankfurt a. M. Der Berichterstatter Abgeordneter Kanngießer leitet die Debatte mit einigen Worten ein: In einer Zeit, welche Thatsachen in Tagen sich vollziehen sah, an denen die Geschichte sonst Jahre und Jahrzehnte arbeitet, verlangt das Volk von seinen Vertretern nicht viele Worte, sondern Thaten, d. h. Beschlüsse, einig, schneidig, weittragend für des Vaterlandes Selbstständigkeit und Größe. Unvergessen muß bleiben, daß diese Vereinigung manche berechtigte Interessen, altgewohnte theuere Empfindungen unserer neuen Landsleute augenblicklich und vielleicht für längere Zeit verletzt, und daß der preußische Staat mit dieser Vereinignng die ethisch-politische Pflicht übernimmt, ihnen ein Vaterland wiederzugeben, wohnlicher, reicher, freier als dasjenige, was sie besessen haben. (Bravo!) Die Kommission ist dessen eingedenk gewesen. Schließlich theilt der Referent die bereits veröffentlichte, anerkennende Erklärung der in Kassel anwesenden Ständemitglieder dem Hause mit. Die allgemeine Diskussion wird eröffnet. (Der Finanzminister v. d. Heydt erscheint.) — Abgeordneter v. Kirchmann (für die Vorlage): Ich kann die hohe Befriedigung, welche im Kommissionsbericht über diese Vorlage ausgedrückt ist, nicht theilen. Nicht deshalb, weil ich annehme, daß die Regierung nicht weit genug gegangen ist, sondern weil ich annehme, daß die Regierung dem Lande als Resultat des Sieges zu wenig giebt. Die Resultate stehen mit den ungeheueren Erfolgen des Heeres nicht in Uebereinstimmung. Es ist Oesterreichs Macht nicht so weit geschwächt, wie es zum Wohle Deutschlands nothwendig ist, und ferner ist Preußen nicht so weit gestärkt, wie es zur Führerschaft Deutschlands nothwendig ist. Oesterreich wird stärker werden, als es gewesen; wir werden nach wie vor den Einfluß Oesterreichs spüren zum großen Nachtheil für Preußen und Deutschland. Das ist die Folge davon, daß Oesterreich zu sehr geschont worden. Weil ich aber glaube, daß die Regierung das Ziel der Einheit Deutschlands streng und unausgesetzt verfolgen werde, so stimme ich für die Vorlage.

In die Rednerliste lassen sich eintragen:

Gegen den Kommissions-Entwurf die HH. Harkort. Dr. Gneist, Dr. Löwe, Groote, Duncker, Dr. Michelis, Dr. Krebs, Dr. v. Zoltowski (Buk); für den Kommissions-Entwurf die HH. v. Kirchmann, Dr. Waldeck, Twesten, Achenbach, v. Brauchitsch. Graf Bethusy-Huc, Dr. Cassel, Dr. Hagen, Strosser, Schulze (Berlin), Wagener. Graf v. d. Schulenburg (Salzwedel), v. Blankenburg, Dr. Glaser, v. Flottwell.

Hr. Harkort (gegen den Kommissionsantrag): Unsere gegenwärtigen deutschen Verhältnisse liegen ganz anders, als die italienischen, mit denen sie oft verglichen werden; denn in Italien haben die Völker im Interesse ihrer Freiheit die Fürsten entthront. Erhalten wir denn durch die Politik unseres Staatsministeriums ein einiges Deutschland? Nein, die Mainlinie! Wir erhalten nichts anderes als ein vergrößertes Preußen im Bunde mit einigen kleinen Staaten. Durch den Kommissionsantrag wird das Recht der Eroberung und die daraus hervorgehende Diktatur sanktionirt und dieser Umstand wirft einen großen Flecken auf die deutsche Ehre. (Oho! rechts.) Kaiser Tiberius hat gesagt: „Ein guter Schäfer führt die Schafe, aber er verschlingt sie nicht!" (Unruhe rechts.) Und heute müssen wir erst recht zeigen, daß wir eine civilisirte Nation sind. Die Behandlung Frankfurts z. B. können wir vom Standpunkte der Freiheit aus nicht vertheidigen; es hat diese Behandlung nicht verdient; denn es war immer eine Stätte der Freiheit. — Das ist nicht der Weg, moralische Eroberungen zu machen, deren wir zur Rekonstituirung Deutschlands bedürfen, wenn wir nicht den Cäsarismus, sondern ein freies Bürgerthum wollen. (Zischen rechts, Bravo links und im Centrum.)

Abg. Dr. Gneist (gegen): Ich möchte mich aussprechen gegen Ausdrücke, wie Annexion, Diktatur etc. Die Dinge, um welche es sich hier handelt, haben nichts gemein mit der Annexion, wie sie im Westen getrieben wird, sie haben nichts gemein mit dem Cäsarismus und einer selbstgeschaffenen Geographie. Die Staatseinheit, welche wir schaffen, ist weit älteren Datums. Wir annektiren nicht und an dieser Stelle möchte ich das frivole Wort zurückweisen. — Die Verfassungen jener Länder sind erworben durch ihre Leistungen für ihre Fürsten und das Land. Die Verfassungen müssen anerkannt werden. Die ganze Geschichte Preußens ist der Uebergang von der Personal-Union in die Real-Union. Dadurch ist Preußen Preußen geworden, und durch diesen Grundsatz besteht es in seiner heutigen Gestalt. Der Redner beleuchtet hierauf die verschiedenen Wege, auf denen die möglichst schnelle definitive Einverleibung erfolgen kann.

Abg. Waldeck: Die Ausführungen des Redners geben mir die Hoffnung, daß er doch für den Gesetz-Entwurf stimmen wird, obwohl er gegen denselben eingeschrieben war. Er will schließlich ja auch die Einführung der preußischen Verfassung. Es ist mir heute eine anonyme Zuschrift aus Hannover zugegangen, worin erklärt wird, daß nur in der Herrschaft des angestammten Fürstenhauses, natürlich unter den nothwendigen Beschränkungen, Heil für Deutschland erblickt werden könnte. Nun ist es aber Thatsache, daß das angestammte Fürstenhaus entfernt ist und das wollen sie wieder haben. Ich möchte den Preußen sehen, der für diese Wünsche eintreten könnte. M. H., dies Faktum haben wir gar nicht gemacht, das hat Se. Maj. der König gemacht, es ist die Folge des Krieges. Die Kleinstaaterei ist in Deutschland ein Krebs gewesen, und wenn ich solche Erfolge sehe, sind die Konsequenzen der Revolution oder eines glücklichen Krieges. Das Königreich Hannover ist gar keine urwüchsige Gestaltung, es repräsentirt nur einen kräftigen Volksstamm, den altsächsischen, der bis hinauf nach Holstein sitzt, aber was mit diesem Volksstamm im Laufe der Geschichte von Herren, von Städten und von geistlichen Stiftungen vorgenommen ist, das hat mit der Existenz des Volkes nicht das Allergeringste zu thun (lebhafte Zustimmung), das ist der allergrößte Zufall von der Welt. Hannover hat ja noch 1815 durch jenen Neid Englands und durch jene Schwäche Hardenbergs preußische Landestheile, Ostfriesland, Hildesheim, Lingen und die Reichsstadt Goslar wieder bekommen, durch eine Nachgiebigkeit, die man nicht genug verwünschen kann. (Große Heiterkeit.) Was hatte denn Hannover gethan? Niemand hatte an Hannover und Kurhessen gedacht, und als Körner und Arndt Lieder für die deutsche Freiheit sangen, da dachten sie wahrhaftig nicht an jenen Kurfürsten von Hessen, der in Prag saß. (Heiterkeit.) Nein, selbst in einem Briefe von Stein an Gagern, der viel mit den Kleinstaaten zu thun hatte, ich meine den alten, sehr würdigen Gagern, als er sich bei dem Verwaltungsrath als Gesandter des Kurfürsten von Hessen meldete, heißt es: „Noch ist nichts für den Kurfürsten von Hessen zu verwalten, obwohl Westphalen damals schon erobert war. Er glaubte nicht annehmen zu können, daß Hessen wiederhergestellt werden würde. Und was haben diese Fürsten denn gethan, als sie wiederkamen? Der König von Hannover, damals der König von England, ließ durch den Grafen Münster erklären: „Alles Gute, das während der westphälischen Regierung eingetreten — und es war viel Gutes eingetreten —, alle guten Gesetze existiren nicht". (Heiterkeit.) Der Kurfürst von Hessen sagte: Es ist ein Räuber in meinem Lande gewesen, der hat allerlei Gesetze und Geschichten gemacht (Heiterkeit); ich gehe auf den Standpunkt von 1806 zurück und gerade diese alten Zustände werden wieder hergestellt. Hätte er einen Adreßkalender von 1806 haben können und wären alle die Hofleute und Beamten, die in jenem Kalender standen, noch dagewesen, er würde sie wieder eingeführt haben, gerade wie die Zöpfe (Heiterkeit). Was zerstörten diese Herren? Eine sehr gute Gerichtsverfassung, ähnlich wie sie jetzt in Hannover wieder eingeführt ist, aber nicht im Kurfürstenthum Hessen; sehr gute agrarische Gesetze, die den Bauernstand befreit hatten, die ähnlich gewirkt hätten, wie sie in jener Unglückszeit bei uns gewirkt haben und die auch Preußen in Westfalen anerkannt hat, wenngleich Modifikationen für nöthig erachtet wurden. Das Alles zerstörten diese Herren, und nicht einmal die Schulden dieser Zeit, die das anerkannte Königreich Westfalen aufgenommen hatte, erkannten sie an (hört) zur größten Bedrückung vieler Familien. Können sich denn diese Fürstengeschlechter beklagen, daß endlich die Nemesis über sie gekommen ist? Können sich die Kurhessen beklagen? Nein, meine Herren, es ist fabelhaft, wenn man zu deren Vertheidigung noch irgend etwas sagen will. (Bravo.) Verwirkt ist ihr Recht, und wenn das Proklamationen von Generalen gewesen sind, wie der Hr. Ministerpräsident gesagt hat, dann hat der General v. Beyer ganz aus dem Munde des deutschen Volkes gesprochen, wenn er erklärt hat, daß der Kurfürst von Hessen durch die Art und Weise, wie er mit dem Lande umgegangen ist, das Recht, zu regieren, vollständig verwirkt hat. (Lebhafter Beifall links.) Es wird ein ganzes, großes Einheitsreich hergestellt vom Rhein bis über die

Eider hinaus Beifall), es wird hier wieder vereinigt, was theils unter Karl dem Großen, theils unter den Ottonen gestiftet war. Es sind ganz andere Dinge, als dieses klägliche Erbtheil Heinrichs des Löwen, das noch in den Händen des Welfengeschlechts ist, in dem Jahre 1802 verschlungen worden, tausendjährige Verfassungen, wie sie damals in den geistlichen Staaten existirten. Das Land, von welchem ich jetzt zwei Kreise vertrete, und welches mein Geburtsland ist, Münsterland, wurde zertrümmert, der größte Theil kam an Preußen, das Andere kam an Hannover, Oldenburg und eine Schaar von jetzigen Standesherren, welche aus Belgien gerufen wurden. Jetzt sehen Sie das Münsterland wieder hergestellt, eine der schönsten Perlen Preußens. Das ist die wahre Art und Weise, wie sich die Geschichte macht. Wer will nicht den Leuten in jenen Ländern alles Gute gönnen, ich gönne ihnen mehr Gutes, als wir jetzt haben (Heiterkeit), und wenn sie es schon haben, so ist es gut. Wollen Sie mit andern Worten die Fortdauer der Stände oder der bisherigen Vertreter dieser Völkerstämme, wollen Sie nicht, daß das seine Endschaft erreiche, so kommen Sie unzweifelhaft zur Personal-Union. (Sehr wahr.) Dabei würde es bleiben müssen; aber machen Sie sich den Gedanken nur einmal klar, daß der König von Preußen zugleich König von Hannover, Kurfürst von Hessen, Herzog von Nassau und Bürgermeister von Frankfurt wäre, (Ruf: Oberbürgermeister! Große Heiterkeit,) mit den verschiedenen Gesetzgebungskörpern, die dort existiren, und — wie bald die Forderung kommen würde, wie jetzt in Ungarn — mit neuen Ministerien für diese neuen Länder, was ganz konsequent wäre (sehr richtig), dann sehen Sie ein, daß wir es zwar etwas weiter bringen würden, als bisher, aber es wäre ein nonsens, in den sich ein gesunder Kopf nicht finden würde. (Sehr war. Heiterkeit.) Gerade darum bin ich der Kommission außerordentlich dankbar, daß sie den einzig praktischen Weg, dies anzudeuten, nämlich daß von § 2. der Verfassung die Rede ist und nicht von Personalunion, dadurch erreicht hat, daß sie den § 58. strich, und zweitens dadurch, daß sie die Verfassung einführte. Ich hätte noch einen Wunsch bei dieser Sache, der auch vielleicht in kurzer Zeit praktisch sein wird. Das Königreich Hannover, das Kurfürstenthum Hessen werden mit der preußischen Monarchie vereinigt. Die Fürsten dieser Länder haben nun aber auch eventuelle Erbrechte auf andere deutsche Länder und ein Fall der Art liegt nicht gar so weit. Es ist der ältere Welfenstamm Braunschweig (hört! hört!). Würde dieses Land, welches das bisherige Hannover in zwei Stücke schneidet, wieder an den jüngeren Zweig fallen, so wäre ein großer Theil des Vortheils, der durch die gegenwärtige Annexion erreicht wird, verloren. (Sehr richtig.) Das ist doch gewiß nicht zuzugeben. Nun, meine Herren, wünschte ich recht sehr, wenn es möglich ist — ich will dazu gar nicht auffordern — daß von Seiten des Ministeriums die Erklärung erfolgte, daß Preußen selbst in diesem Sinne die Vereinigung auffaßt, ich würde eine solche Erklärung für sehr nützlich halten. Ich meinerseits bin zwar der Meinung, daß sie sich von selbst versteht, eben darum habe ich auch darauf verzichtet, diesem Gesetze ein selbstständiges Amendement beizufügen. Meine Herren! Ich rathe Ihnen dringend, das Gesetz ganz so anzunehmen, wie es die Kommission gemacht hat. Ich halte es für ein sehr gutes Stück Arbeit. (Lebhaftes Bravo auf allen Seiten.)

Abg. Dr. Löwe vertheidigt ein von ihm gestelltes Amendement, welches die Einrichtungen in den einzuverleibenden Ländern so viel als möglich geschont wissen will. (Der Ministerpräsident Gr. Bismarck und Graf Eulenburg sind inzwischen eingetreten.)

Verschiedene Anträge auf Schluß der Diskussion werden gestellt und vom Hause mit großer Majorität angenommen. Nach einigen Schlußbemerkungen des Referenten wird in die Spezial-Debatte eingetreten. §. 1 der Kommissions-Vorschläge lautet: „Das Königreich Hannover, das Kurfürstenthum Hessen, das Herzogthum Nassau und die freie Stadt Frankfurt werden in Gemäßheit des Art. 2 der Verfassungs-Urkunde für den preußischen Staat mit der preußischen Monarchie für immer vereinigt."

Abg. v. Zoltowski (Buk) erklärt sich gegen den §. 1, weil er überhaupt gegen die Annexion sei. Er erklärt, daß, da es sich hier um eine deutsche Sache handle, er und seine Freunde sich der Abstimmung enthalten würden.

Abg. Wagener (Neustettin): Er wolle zunächst eine verfassungswidrige Argumentation des Vorredners widerlegen, wenn der Vorredner seinen Entschluß dadurch motivire, daß er ausführe, es handle sich um eine deutsche Sache, an der er keinen Theil habe. Die Herren seien, sie mögen wollen oder nicht, sie seien und bleiben Preußen. (Bravo.) Der Redner konstatirt darauf, daß er mit den Ausführungen der Gegner nicht übereinstimme; er stimme für die Vorlage, weil ihm die Wahl gestellt sei zwischen dem Könige von Preußen und dem Könige von Hannover. — Die Diskussion ist geschlossen.

Abg. Michelis (Allenstein) (persönlich): Es sei die Behauptung ausgesprochen, daß Niemand im Hause sein würde, der für die Restituirung der vertriebenen Fürsten das Wort nehmen würde. Dieses Wort zu nehmen, sei seine Absicht gewesen und bitte er dies zu konstatiren.

§. 1 wird hierauf mit großer Majorität genehmigt; dagegen stimmen nur wenige Katholiken, Dr. Jakoby und Duncker. §. 2 lautet: „Die preußische Verfassung tritt in diesen Landestheilen am 1. Oktober 1867 in Kraft. Die zu diesem Behufe nothwendigen Abänderungs-, Zusatz- und Ausführungs-Bestimmungen werden durch besondere Gesetze festgestellt." Abg. Duncker spricht gegen diesen Paragraphen, weil er für Personal-Union ist und über die Real-Union die Stände jener Länder hören will. — Abg. Michaelis (Stettin) wünscht Einführung der Freizügigkeit 2c. in jenen Ländern. — Das Amendement Löwe wird abgelehnt, §. 2 der Kommissions-Vorlage mit großer Majorität angenommen. §. 3 (Ausführungs-Paragraph) wird ohne Debatte genehmigt und darauf über den Gesetzentwurf im Ganzen namentlich abgestimmt. Das Resultat der Abstimmung ist die Annahme des Entwurfs mit 273 gegen 14 Stimmen. Mit Nein haben gestimmt: Dr. Michelis (Allenstein), Hellering, Rücker, Bresgen, Klassen-Kappelmann, Fühling, Gockel, Groote, Jacobi, Dr. Krebs, Raffauf, zur Mühlen 2c. Die Polen (16) enthalten sich der Abstimmung.

Minister-Präsident Graf v. Bismarck: Ich habe mit Allerhöchster Ermächtigung vom 6. d. M. ein dem so eben von Ihnen angenommenen ähnliches Gesetz in Bezug auf die schleswig-holsteinischen Herzogthümer einzubringen. (Bravo!) Ich erlaube mir, diese Allerhöchste Ermächtigung zunächst zu verlesen. (Dies geschieht.) Das Gesetz selbst, über dessen Inhalt ich mir nachher einige erläuternde Worte gestatten werde, lautet: (Redner verliest das Gesetz.) Die königliche Regierung war nicht in der Lage, dieses Gesetz gleichzeitig mit dem so eben berathenen einzubringen, weil sie die Ratifikation des Prager Friedens vorher abwarten mußte. Sie darf sich indessen der Hoffnung hingeben, daß die Prinzipien, nach welchen auch dieses Gesetz zu beurtheilen sein wird, im Wesentlichen durch die Behandlung des so eben angenommenen sich hinreichend festgestellt haben werden, um eine kürzere Behandlungsweise, vielleicht die summarische, in der Schlußberathung möglich zu machen. Was den Vorbehalt in Betreff eines Gebietstheils des Großherzogthums Oldenburg anbelangt, so erlaube ich mir, darüber eine kurze Erläuterung zu geben. Die K. Regierung ist im Begriff, mit Sr. K. H. dem Großherzog von Oldenburg einen Vertrag zu unterhandeln, welcher zunächst die unbedingte Anerkennung der Souveränetät Sr. Maj. des Königs an den Herzogthümern von Seiten der oldenburgischen Linie zum Gegenstand hat, eine Anerkennung, welche die K. Regierungen zu erlangen wünscht. Ueber die Motive dieses Wunsches werde ich mir erlauben, später bei der Vorlage dieses mit Oldenburg zu schließenden Vertrags weitere Auskunft zu geben. Der beabsichtigte Vertrag umfaßt außerdem eine von der Marine-Verwaltung gewünschte Erweiterung des Jahdegebiets und einige Eisenbahn-Anlagen, bei denen Preußen und Oldenburg concurriren; das Herzogthum Holstein wird dabei nur mit einem etwa 2 Quadratmeilen nicht übersteigenden Gebietstheil in Mitleidenschaft gezogen, wenn die bisherigen Absichten verwirklicht werden. Im Art. 2 haben wir bei Formulirung der Vorlage das Kommissions-Gutachten, wie es heute zur Annahme gekommen ist, vollständig berücksichtigt, da wir in dieser Fassung der Annahme des Hauses am sichersten zu sein glaubten. Daß die Königliche Regierung in dem eben angenommenen Gesetze auch eine andere Fassung ihrerseits für annehmbar hielt, geht aus der Vorlage und aus den Erklärungen in der Kommission hervor. Es kommt ihr aber vorzugsweise auf rasche Erledigung an und deshalb hat sie, eben so bereitwillig wie bei der eben erledigten Frage, bei dieser genau die Fassung adoptirt, wie sie aus der Kommission hervorgegangen ist. Ich möchte dem Herrn Präsidenten anheimstellen, falls dem Hause nicht die Schlußberathung beliebt, event. die Vorlage derselben Kommission zur Erledigung zu überweisen, welche die eben erledigte vorberathen hat.

Der Präsident glaubt, daß die Beschleunigung sich am besten durch Verweisung an diese Kommission erreichen lassen wird. Es erhebt sich kein Widerspruch.

Schluß der Sitzung 2¼ Uhr. Nächste Sitzung Dienstag (11.) 10 Uhr. Tagesordnung: das Reichswahlgesetz.

Danzig, 6. September. Gestern wurde hier die Frau General-Lieutenant v. Clausewitz beerdigt, die Wittwe des vor Kurzem in Böhmen an der Cholera verstorbenen Divisions-Kommandeurs v. Clausewitz.

Rudolstadt, 4. September. Heute ist vom dem Fürstlichen Bataillon, welches derzeit in Coblenz steht, die Nachricht eingegangen, daß dasselbe nach Köln versetzt werden soll.

Kassel, 6. September. Die „Preußische Bank" in Berlin beabsichtigt hier eine Filialbank zu gründen, deren Wirkungskreis sich auf die dermalige Provinz Niederhessen, die Grafschaft Schaumburg, die Herrschaft Schmalkaden und das Fürstenthum Göttingen, bezw. die Stadt Münden, sich erstrecken soll. Zu diesem Zwecke befindet sich dermalen einer der Hauptbankdirektoren, Geh. Oberfinanzrath Dechend, und der Rendant Frank hier anwesend, um die Vorbereitungen zu treffen. Auf Veranlassung des Referenten im Ministerium des Innern, Reg.-Rath Wiegand, fand deshalb gestern im Ministerialgebäude eine Versammlung hiesiger Fabrikanten, Großhändler und Bankiers, in Gegenwart der gedachten Herren statt, welcher die Frage vorgelegt ward, ob überhaupt ein Bedürfniß zur Errichtung eines Bankinstituts hier bestehe, welche einstimmig von den Anwesenden bejaht ward. Man ging sodann zur Besprechung der geeignetsten Lokalität hierzu über, die schließlich dahin führte, daß man vorläufig, bis ein entsprechendes Bankgebäude hergerichtet sein wird, das dermalige Gebäude des Kriegsministeriums zu benutzen in Aussicht genommen hat.

Die Beurlaubung der in der Umgegend liegenden kurfürstlichen Truppen bis auf 10 Mann per Kompagnie, bezw. Eskadron und Batterie ist in voller Ausführung begriffen. Neben diesen 10 Mann bleiben nur die Offiziere, Unteroffiziere und Spielleute im Dienst. Die in solcher Weise gebildeten Depots der Regimenter, erhalten besondere Standquartiere angewiesen. So ist das Depot des zweiten Infanterie-Regiments, welches die Garnison in Hanau hatte, nach Fritzlar verlegt worden und das Depot des ersten Infanterie-Regiments, welches mit die Garnison zu Kassel bildete, soll nach Wolfhagen kommen. Gleichzeitig ist die Bestimmung getroffen, daß an den Orten, wo preußische und kurhessische Truppen zu liegen kommen, die preußischen Truppen die Kommandantur bilden. Das 3. Infanterieregiment, welches den Garnisonsort Fulda hatte, wird nach Gudensberg verlegt.

Wien, 5. September. In der allernächsten Zeit wird jetzt zur Wiederbesetzung des Gesandschaftspostens in Berlin geschritten werden. Es war eine Zeit lang die Rede davon, vorerst nur einen Geschäftsträger aufzustellen, man hat sich aber seitdem definitiv für eine Gesandschaft entschieden, und wird dieselbe sogar mit einem bedeutend stärkeren Personal als bisher ausstatten, weil es in Zukunft ihr obliegen wird, auch diejenigen Interessen wahrzunehmen, deren Pflege früher in den Händen der fortan entfallenden Repräsentationen in Hannover, Kassel, Wiesbaden und Frankfurt lag. Ueber die Person des neuen Gesandten steht noch nichts fest; wenn aber bisher ziemlich allgemein der Unterhändler des Prager Friedens, Frhr. von Brenner, als dazu designirt genannt wird, so ist es, wie man der „A. A. Z." schreibt, gerade umgekehrt bereits sicher, daß Herr v. Brenner jenen Posten nicht einnimmt, insofern die Ordnung der von dem Grafen Münch-Bellinghausen ihm angefallenen Erbschaft seine längere Anwesenheit in Wien unerläßlich macht.

— Die Kaiserin von Mexiko lebt in Miramare sehr zurückgezogen und empfängt selten Besuche, da sie mit politischen Arbeiten stark beschäftigt ist und eine lebhafte Korrespondenz führen soll. Nächster Tage wird der Bruder der Kaiserin, der Graf von Flandern, zum Besuche in Miramare erwartet. — Als ein Symptom, daß man auch hier sich bereits mit den Vorgängen im Orient zu beschäftigen beginnt, kann es betrachtet werden, daß mehreren Konsuln im Orient die Weisung zugegangen ist, sich zu einer Konferenz hierher zu begeben. Die Konsuln Lenk aus Belgrad und Eder aus Bukarest sind auch bereits hier eingetroffen. — Die Stadtrepräsentanz von Trautenau hat sich mit der Bitte an den Kaiser gewendet, zu Gunsten der in Glogau inhaftirten gefangenen Bürger von Trautenau zu interveniren, daß sie in die Heimath entlassen werden. Der Kaiser hat diese Intervention zugesagt, zumal die Repräsentanz den Beweis zu liefern sich erbietet, daß die Gefangenen unschuldig seien. — Als Klapka, kurze Zeit vor der Beendigung der Feindseligkeiten, seine Expedition gegen Ungarn unternahm, wurden zahlreiche Verhaftungen von Ungarischen Persönlichkeiten angeordnet, welche verdächtig waren, dem Unternehmen Vorschub geleistet zu haben. Durch Urtheil des Pesther Kriegsgerichts sind jetzt die verhafteten, unter ihnen namentlich der Advocat Virgil Spilagyi in Freiheit gesetzt.

Prag, 4. September. Die sächsischen Truppen sollen nach der Prager Zeitung „Politik" die Stadt Prag am 7. September passiren (?). — Die „Wiener Presse" meldet Folgendes von hier: In den untern Volksschichten wächst die Erregung; ein Theil des Arbeiterpersonals im Belvedere wurde entlassen. Der Bürgermeister traf wegen mehrerer kleiner Excesse umfassende Vorsichtsmaßregeln. Die Kaiserlichen Truppen dürften deswegen hier schon am 7. d. M. eintreffen und den Wüssehrad besetzen. Den preußischen Okkupationstruppen wurde durch heutigen Tagesbefehl befohlen, bei Excessen mit aller Energie die Ruhe herzustellen.

Ausland.

Paris, 5. September. Herr Drouyn de Lhouys, der schon als Privatmann ein bedeutendes Vermögen besitzt, bezieht als Mitglied des geheimen Raths ein Gehalt von 100,000 Frcs. Herr von Moustier ist reicher Grundbesitzer in Burgund und hatte als solcher legitimistische Familienbeziehungen. Er betrat die politische Laufbahn zuerst 1849 als Abgeordneter des Departements des Doubs. Als solcher hatte er zu Kollegen den Grafen Montalembert und den General Baraguay d'Hilliers, die damaligen Führer der klerikalen Partei. Er stimmte jedoch gewöhnlich in einem gemäßigtern Sinne als die beiden Genannten. Später schloß er sich ganz dem zweiten Kaiserthum an.

London, 5. September. Gar sehr werden sich die Aktien-Inhaber der transatlantischen Telegraphenlinie freuen, die aller Aussicht nach mit nächster Woche sich im Besitze einer zwiefachen transatlantischen Telegraphenlinie befinden werden. Was das bedeutet, mag man aus der Angabe ersehen, daß die bisherige eine Linie bereits eine Einnahme im Verhältniß von 900,000 Lstr. (etwa sechs Millionen Thlr.) jährlich besitzt.

— Nach Canada werden nächste Woche Truppenverstärkungen von hier abgehen, unter Anderem ein Husaren-Regiment sammt den Pferden. Die Besorgnisse wegen der Fenier sind demnach noch nicht verschwunden.

Pommern.

Stettin, 8. September, Mittags. Im Laufe des heutigen Vormittags hat sich die Stadt Stettin, namentlich die Altstadt, so allgemein wie wohl noch nie mit Guirlanden, Kränzen und Fahnen zum Empfange des 2. Regiments geschmückt. In der Neustadt sind bis jetzt noch viele der großen Gebäude mit der Dekoration im Rückstande, selbst das Kreisgerichtsgebäude ist noch kahl, während das nebenstehende Gefängniß von den Beamten reich mit Guirlanden geziert ist.

— Das 1. Bataillon des Regiments konnte heute früh nicht, wie eigentlich bestimmt, bei Scheune aussteigen, da die Eisenbahn-Verwaltung die Bahn nicht die dazu erforderliche Zeit übersperren lassen konnte, es ist daselbst vielmehr direkt nach Stettin befördert und wird sich Nachmittag in Sektionen in der Oberthorstraße aufstellen. Das 2. Bataillon wird gegen 2 Uhr von dem Kommandanten, General von Böhn, auf dem Bahnhofe mit einer Ansprache empfangen und sich dann, ebenso wie das 4. Bataillon, welches einige Minuten später ankommt, vorläufig auf dem Holzmarkt der Silberwiese aufstellen. Das Füsilier-Bataillon wird, wie bekannt, um 3 Uhr 40 Minuten eintreffen von den städtischen Behörden mit einer Ansprache des Oberbürgermeisters Hering empfangen und dann wird das ganze Regiment seinen festlichen Einzug halten.

— Von gestern bis heute sind in der Stadt Stettin selbst keine Cholerafälle gemeldet, dagegen sind im 5. Polizei-Revier, außerhalb der Stadt erkrankt 2, gestorben 2; vom Militär erkrankt 1.

Anclam. Am 7. September fuhren schon um 4 und 5 Uhr Morgens zwei Züge mit Munitionskolonnen hier durch. Das 1. Bataillon des 42. Infanterie-Regiments, worunter viele Anclamer sich befinden, trifft am Sonnabend, den 8. d. M., Abends 8 Uhr 10 Minuten hier ein und wird mit Kanonensalven und unter Glockengeläut von hier durch eine Deputation festlich empfangen und begrüßt werden. Nach dargebotener Erfrischung werden unsere siegreichen Krieger unter Musik in die Stadt einrücken, um ihre Quartiere zu beziehen. Hoffentlich wird sich unsere gute Stadt durch festlichen Schmuck an dieser erhebenden Feier lebhaft betheiligen. Auch der hiesige Bahnhof wird durch festlichen Schmuck und Illumination sich bethätigen.

Neueste Nachrichten.

Paris, 6. September. Aus dem Trentino (Süd-Tyrol) wird hierher telegraphirt, daß ein vertrauliches Rundschreiben an die dortigen Ortsvorstände zur Zusammenberufung der Gemeindevertreter auffordert, damit dieselben eine Adresse an den Kaiser aufsetzen und im Namen ihrer Gemeinden den Wunsch ausdrücken, mit Oesterreich vereinigt zu bleiben.

Aus Konstantinopel wird gemeldet, daß die Konzession zu Docks und Entrepots im türkischen Reiche verlängert und an Mires übertragen worden ist.

Madrid, 6. September, Abends. Die Königin, von Narvaez begleitet, stattete heute der Kaiserin Eugenie in Biarritz einen Besuch ab.

Petersburg, 6. September. Sicherem Vernehmen nach hat der Kaiser das Gesuch des Generals Murawiew, ihn aus dem Vorsitz der Staats-Untersuchungs-Kommission zu entlassen, angenommen und zugleich die Auflösung der Kommission anbefohlen.

Telegr. Depesche der Stettiner Zeitung.

Berlin, 8. September. Abgeordnetenhaus. Die Anleihe-Kommission hat gestern eventuell die geforderten 60 Millionen abgelehnt, und das Amendement Röpell-Hagen (Ausgabe von 30 Millionen einjähriger Schatzbons) angenommen. Anwesend war der Finanzminister v. d. Heydt. Die definitive Abstimmung findet Montag Statt. — Die vereinigte Kommission für Handel und Finanzen hat gestern die Berathung über die Darlehnskassen beendigt. Die Genehmigung der Verordnung wurde abgelehnt, dagegen die von v. Hennig vorgeschlagene Fassung des Gesetzes angenommen, wonach die Ausgabe von Darlehnskassenscheinen mit dem 30. September enden und die Liquidation und Schließung der Kassen bis zum 30. Juni 1867 stattfinden soll. Referent für die Plenar-Berathung v. Hennig.

Börsen-Berichte.

Stettin, 8. September. Witterung: schön, leicht bewölkt. Temperatur: + 17° R. Wind: SW.

An der Börse.

Weizen steigend, schließt ruhiger, loco pr. 85pfd. gelber alter 68 bis 72½ Rt. bez., neuer 62—70 Rt. bez., 83—85pfd. gelber September 73½, 74 Rt. bez. u. Br., September-Oktober 71, ¼, ½ Rt. bez., ¼ Br., Oktober-November 69½, 70 Rt. bez. u. Br., Frühjahr 69½, ¾ Rt. bez. u. Gd., 70 Br.

Roggen fest und etwas höher, pr. 2000 Pfd. loco 44½—46 Rt. bez., September u. September-Oktober 44½, ¾ Rt. bez., 45 Br., Oktober-November 44½ Rt. bez., Frühjahr 44½ Rt. bez.

Gerste und Hafer ohne Umsatz.

Rüböl behauptet, loco 12¼ Rt. Br., September-Oktober 12 Rt. bez. u. Gd., $12\frac{1}{12}$ Rt. Br., Oktober-November 12 Rt. bez., April-Mai 12¼ Rt. Br.

Spiritus behauptet, loco ohne Faß 14¾ Rt. bez., September und September-Oktober 14¼ Rt. bez., Oktober-November 14 Rt. bez. u. Gd., November-Dezember $13\frac{11}{12}$ Rt. bez., Frühjahr 14½ Rt. bez. u. Gd.

Angemeldet: 100 Ctr. Rüböl.

Landmarkt.

Weizen 65—70 Rt., Roggen 44—46 Rt., Gerste 38—42 Rt., Erbsen 49—54 Rt. per 25 Schffl., Hafer 24—27 Rt. per 26 Schffl., Stroh pr. Schock 7—9 Rt., Heu pr. Ctr. 14—18 Sgr.

Beim Schluß des Blattes war unsere Berliner Depesche noch nicht eingetroffen.